Ich-bin-sauarm-Preis: 0,50€
Normalpreis: 1€
Ich-ess-Kaviar-zum-Frühstück-Preis: 100€



Juni/Juli 3.Ausgabe 2014 www.onesolutionrevolution.de

#FIFA GO HOME
JUNTOS .ORG.BR
15M A JUVENTUDE CONTRA AS INJUSTIÇAS DA COPA
FIFA GO HOME

Blut und Spiele in Brasilien

NEED FOOD NOT FOOTBALL

WE DON'T NEED THE WORLD CUP! WE NEED EDUCATION, HEALTH, AND ABOVE ALL, RESPECT!

Von Friedenspolizisten, Korruption und Sklaverei

In dieser Zeitung

We are (the) Revolution

Die Zeitung, die du in deinen Händen hältst, wird regelmäßig von Jugendlichen zu unterschiedlichen Themen herausgebracht. Diese Gruppe von Jugendlichen nennt sich genau wie die Zeitung - REVOLUTION. Wir sind eine internationale kommunistische Jugendorganisation, die engagierte Jugendliche auf zwei Kontinenten organisiert.

Wir haben ein gemeinsames Programm, das wir uns selbst erarbeitet haben. Wir sind offen für jede Diskussion, aber wir stehen geschlossen hinter unseren Aktionen. Wie unser Name sagt, sind wir für die Revolution, für den Kommunismus. Eine gerechte und befreite Gesellschaft kann nur entstehen, indem der Kapitalismus von denen, die er unterdrückt, zerschlagen wird. Und der Kampf dafür beginnt jetzt, in konkreten Kämpfen, wie im Kampf der Refugees für volle Bürgerrechte oder Seite an Seite mit Arbeiter_innen aus aller Welt.

Wir haben wöchentliche Ortsgruppentreffen, auf denen wir gemeinsam diskutieren und Aktionen planen. Wir gehen auf Demonstrationen, unterstützen Streiks und bringen Flugblätter und eine Zeitung heraus, um neue Jugendliche und junge ArbeiterInnen für unsere Ideen zu gewinnen. Wenn du unsere Ideen unterstützt, dann werde aktiv, organisiere dich gemeinsam mit uns!

Mail: germany@onesolutionrevolution.de
Facebook “Revo Germany”
www.onesolutionrevolution.de

Internationales REVOLUTION Camp

Wie jedes Jahr organisieren wir von REVOLUTION ein politisches Sommercamp. Dort werden wir zusammen mit anderen Genoss_innen aus verschiedenen Städten Workshops veranstalten, uns mit ihnen über ihre politische Arbeit austauschen, und Gemeinsam über interessante politische Themen und unsere Organisation diskutieren. Es gibt aber auch viele Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen und der Freizeitgestaltung. Unter anderem gibt ´es jeden Abend ein Programm mit Filmen und Musik.
Jeden Abend gibt es ein Programm mit Filmen und Musik.

Zeit: **Freitag, 22. August bis Donnerstag, 28. August**. Ort: **Tegeler See.** Die Kosten betragen pro Übernachtung inkl. drei Mahlzeiten pro Tag je nach Einkommen 15-25 Euro. Natürlich kann auch an einzelnen Tagen teilgenommen werden.



V.i.S.d.P.: R. Müller, Greifswalder Straße 12, 10325 Berlin

Was zum Teufel ist Imperialismus?



Wer sich mit Politik auseinander setzt, kommt zwangsläufig zu dem Punkt sich auch mit politischer Theorie zu befassen. Wir erachten dieses Thema für äußerst wichtig zur persönlichen Weiterbildung, wie auch zur Schaffung einer Diskussionsgrundlage mit politischen Gegnern: Der Kommunismus will schließlich auch wissenschaftlich erklärt werden. In diesem Zusammenhang wollen wir uns mit dem Begriff des Imperialismus befassen und diesen etwas näher erläutern.

Der Kapitalismus wird gerne als ein ausgeglichenes System von Angebot und Nachfrage dargestellt: Waren würden benötigt, die Nachfrage würde durch Warenproduktion befriedigt. Jeder der an diesem Prozess teilnähme profitiere auch davon, seien es UnternehmerInnen, Werktätige oder DienstleisterInnen und nicht zuletzt die Gesellschaft. Diese profitiere durch den von Konkurrenz geförderten Fortschritt – soweit das Märchen.

Die Realität ist jedoch eine gänzlich andere– wie wir nicht zuletzt am eigenen Leib spüren.

Die Produktionsmittel, wie Maschinen und Fabriken, sind in der Hand einer besitzenden Klasse, der KapitalistInnen. Die Arbeiterklasse ist von Mitbestimmung weitestgehend ausgeschlossen und erarbeitet den Profit dieser UnternehmerInnen. Dabei häuft sich Kapital an, welches reinvestiert werden will, sei es direkt in den Produktionskreislauf oder über den Umweg verschiedener Unternehmensbereiche. Mit der Anhäufung von Kapital, häuft sich auch Macht in der Hand der Bourgeoisie, der besitzenden Klasse, an. Die KapitalistInnen führen dabei einen harten Konkurrenzkampf, innerhalb einer Nation und auch über die Ländergrenzen hinweg. Kontrahenten werden aufgekauft oder gehen pleite, der Markt konzentriert sich.

Doch die Anhäufung von Kapital hat auch seine negativen Seiten. Geld das nicht reinvestiert wird ist totes Kapital. Ist mehr Kapital vorhanden als es Investitionsmöglichkeiten gibt, spricht man von Überakkumulation. Nun müssen entweder neue Absatzmärkte erschlossen werden oder es kommt zu Absatzkrisen und man vernichtet Produktionsgüter, etwa durch gezieltes Verschrotten oder Krieg.

Imperialismus ist der Begriff für genau dieses Stadium des Kapitalismus. Nach Lenin beschreibt der Imperialismus die fortgeschrittenste Form der kapitalistischen Organisation. Die Ländergrenzen sind zu „eng“ geworden, das Kapital will sich verbreiten. Es kommt zu einer Ablösung der „freien“ Konkurrenz durch das Monopol bis zur Beherrschung der Produktion – also die Beherrschung der Märkte durch Großkonzerne. Monopol ist in diesem Zusammenhang nicht zwangsläufig ein einziges Unternehmen. Meist sind es mehrere Konzerne die sich einen Wirtschaftssektor aufteilen können. Es ist dabei möglich auch Preisabsprachen (Öl- und Gaskonzerne, Telekommunikation) zu treffen und das erscheinen neuerer Technik zu Koordinieren (Automobilsektor)– eine völlige Aufhebung der Konkurrenz ist jedoch nicht möglich.

Die Fusion des Banken- und Industriekapitals hin zum Finanzkapital stellt dabei eine wichtige Vorbedingung dar. Dieser Zusammenschluss bedeutet die Verbindung der beiden wichtigsten Säulen des Kapitalismus: Kontrolle über die Produktion und Kontrolle über die Investition, nicht zu vergessen den damit gestiegenen Machteinfluss auf die Poli-



tik. Dieser Konzentrationsprozess des Kapitals findet natürlich weltweit statt. Da aber die Bourgeoisie wirtschaftlich und militärisch schwächer gestellter Länder diesen Kampf nicht für sich gewinnen kann, bildet sich der Imperialismus nur in den führenden Ländern aus. Beispiele hierfür sind die USA, Russland, Deutschland, Frankreich, China usw.

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

Außenpolitisch ist der Kampf um die Vorherrschaft der jeweils eigenen Kapitalistenklasse natürlich mit der Ausweitung des Machteinflusses, der Erschließung von Absatzmärkten, Sicherung von Rohstoffquellen und der Nutzung günstigster Produktionsbedingung, beispielsweise in Schwellen- oder Entwicklungsländern, verbunden.

War in der Kolonialpolitik noch die militärische Besetzung eines Landes von Bedeutung, geht es nun um die monopolistische Einverleibung. Momentan werden wir gerade Zeuge des Machtkampfes zwischen der EU, Russland und USA um die Ukraine. Die Ukraine soll zum Partner der NATO vorangetrieben werden, militärisch bedeutet dies die mögliche Stationierung von Truppen in rund 500 km Entfernung zu Moskau, sowie der Abschottung Russlands vom Schwarzen Meer, dem einfachsten Zugang zum Mittelmeer und Europa.

Hunter Biden, Vertrauter von John McCain, Senator und Unterstützer der Ukrainischen Regierung, stieg beispielsweise in den Aufsichtsrat des ukrainischen Gasriesen Burisma Holdings ein. Schritt für Schritt wird nun der wirtschaftliche Einfluss ausgebaut. Russland versucht dem entgegen zu wirken und sichert sich seine Einflusszone in der Ukraine gegen jeden Protest aus Europa. Die EU will ebenfalls die Ukraine und schnürte bereits ein Assoziierungsabkommen, welches das Land wirtschaftlich attraktiver machen sollte: Im Klartext bedeutet dies Kürzungen des Sozialsystems, Privatisierungen, Deregulierungen.

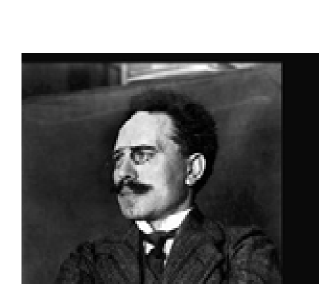
Die Beispiele sind zahlreich. Im Kosovo- und Irak-Krieg, in Libyen verteilte man die Aufträge für den Wideraufbau an Firmen der jeweils beteiligten NATO-Staaten, sicherte sich Zugang zur dortigen Wirtschaft und Rohstoffen und setzte Marionetten-Regierungen ein. China kauft sich massiv in den Afrikanischen Kontinent ein, im Tausch gegen Infrastruktur wie Straßen und Häfen erhält man Erz, Öl und andere Handelsgüter. Die Infrastruktur ermöglicht obendrein die bessere Ausfuhr und erleichtert die Einfuhr der Massenware, welche den Kontinent überschwemmt. Bereits jetzt zeichnen sich Spannungen zwischen USA und China in diesem Bereich ab.

Russland arbeitet daran seinen Einfluss in Europa zu vergrößern, etwa durch die Monopolisierung des Gashandels. Deutschland nutzt seinen gestiegenen Einfluss in Europa um schwächere Länder wie Griechenland und Spanien von sich abhängig zu machen und gleichzeitig gegen die Konkurrenz aus Frankreich oder Italien zu kämpfen. Es geht um nichts Weiteres als die wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa – ganz ohne Waffen.

Imperialismus bedeutet die Unterordnung der Mehrheit aller Länder unter einer Handvoll mächtiger Staaten.

Doch die Aufhebung des Freihandels behindert eine der treibenden Kräfte des Kapitalismus. Die Monopolisierung hebt die Konkurrenzverhältnisse auf: Technische Neuerungen werde zu kostspielig, Fortschritt stagniert. Die Entwicklung der Elektroautos kam erst in Fahrt als sich im Zuge der Absatzkrise von 2007/08 ein Überlebenskampf unter den Automobilriesen einstellte. Jahrzehntelang investierte man Gelder in die Atomenergie und schöpfte Milliardengewinne aus den abbezahlten Meilern ab, statt die Entwicklung neuer Energiequellen voran zu treiben.

Lenin schreibt dazu: „Dennoch erzeugt es, wie jedes andere Monopol, unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden,



verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern entsteht die ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten.“ (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

Der fortschreitende Imperialismus beschleunigt den Zerfall des Systems. Der Kapitalismus trägt demnach seinen eigenen Niedergang in sich, was jedoch nicht bedeutet, dass der Untergang unausweichlich ist. Kommt es zu keiner organisierten Gegenwehr der Mehrheit der Bevölkerung, sprich der Arbeiterklasse, kann die Bourgeoisie ihr System restaurieren und durch die Vernichtung von Kapital wieder künstlich Nachfrage generieren. Dieses Spiel lässt sich zwar nicht auf ewig fortführen, rettet den Kapitalismus aber bis zur nächsten Krise.

Der Aufschwung der Wirtschaft nach der Zerstörung durch den 1. Weltkrieg hielt gerade einmal ein gutes Jahrzehnt. Dann folgte eine weitere, tiefgreifendere Weltwirtschaftskrise

Die Aufgabe der Arbeiterklasse muss es deshalb sein Gegenwehr zu organisieren, wie etwa Streiks in Schulen, Universtäten und Betrieben. Der Aufbau eines schlagkräftigen Gewerkschaftsapparates, frei von gekauften Funktionären, einem revolutionären Programm statt Co-Management. Für die Jugend bedeutet dies Praxis in den aktiven Kämpfen zu sammeln und demokratische Strukturen zu errichten. Politische Bildung und die Erfahrungen in demokratischer Organisierung sind das Rüstzeug das wir dafür brauchen. Keine Demokratie ohne Demokraten – Keine Revolution ohne Revolutionär*innen!

REVO Stuttgart

Europawahl 2014
Rechte Kräfte auf dem Vormarsch?

Auch wenn das Europäische Parlament selbst, verglichen mit anderen bürgerlichen Parlamenten, kaum mehr als eine lächerliche Hülle ist, haben die EU-Wahlen als Abbild der Stimmung unter den Wähler*innen eine gewisse Bedeutung.

Europas Rechtsruck – der Sieg der Populisten

Es ist erschreckend zu sehen, wie stark die rechtspopulistischen, nationalistischen oder auch faschistischen Parteien in vielen Ländern sind und wie viele Stimmen sie zu holen vermochten.

In Dänemark wurde die Dansk Folkeparti mit 26.6 % der Stimmen sogar stärkste Kraft. Auch in Großbritannien und Frankreich konnten die Rechtspopulist*innen sich durchsetzen, die UKIP (United Kingdom Independence) gewann die britische Wahl in und in Frankreich gelang es der Front National, auf ganze 26% zu kommen. Die FPÖ erreichte in Österreich, wie auch bei den nationalen Wahlen 2013, ca. 20% und ist damit die drittstärkste Kraft.

In Griechenland erlangte die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ 9,3% während die faschistische Jobbik, welche unter anderem an Pogromen gegen Roma in Ungarn beteiligt ist, auf mehr als 14% kam.

Wahlerfolge der (radikalen) Linken

Das antikapitalistische Bündnis Podemos erreichte in Spanien aus dem Stand heraus 8% – und das nur wenige Monate nach der Gründung. Die reformistische SYRIZA konnte in Griechenland das mit 26,5% beste Ergebnis der linken Parteien in Europa erreichen. Auch im krisengebeutelten Portugal erreichte der Linksblock ca. 11%. Deutlich zu erkennen ist, dass antikapitalistische linke Parteien dort Erfolge erzielen wo die kapitalistische Krise ihre Auswirkungen am deutlichsten zeigt.

Perspektive für Europa

Weder die rechtspopulistischen, noch die faschistischen Parteien bieten eine Alternative zu etablierten Politik, die soziale Lage der Arbeiter*innen darf nicht von Rechten ausgenutzt werden!

Statt uns dem Wahn des vollen Bootes hinzugeben und damit einer Spaltung im Sinne der Kapitalist*innen zu unterliegen, müssen wir uns gegen die wirklichen Ursachen sozialer Missstände wie Arbeitslosigkeit oder Verarmung wehren und uns klassenkämpferisch, revolutionär und kommunistisch organisieren!

Die Erfolge der Linken zeigen, dass besonders in den Ländern der europäischen Krise in den Massen bereits Ansätze zu dieser Form von Organisierung vorhanden sind. Für den Aufbau einer internationalen revolutionären Arbeiter*innenpartei!

Flo Wasser - REVO Zülpich

Schul- und Unistreik am 1. Juli

Jugend gegen Rassismus, Krieg und Abschiebung



Stell dir vor es ist Schule und niemand geht hin. Nein, wir reden nicht von den Schulferien. Wir reden von Jugendlichen, die ihre Bildungseinrichtungen bestreiken und auf die Straße gehen, um für politische Forderungen einzutreten. Nach den großen Bildungsprotesten, die 2006 bis 2011 Hunderttausende mobilisierten, gibt es nun wieder Bewegung unter jungen SchülerInnen und Studierenden. Diesmal für die Forderungen der Flüchtlinge, gegen Rassismus und Krieg. Es ist höchste Zeit, dass es wieder eine linke Jugendbewegung in Deutschland gibt.

Der Rassismus gegen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, empört v.a. Jugendliche. Tausende Menschen, die in den vergangenen Jahren an den Außengrenzen der EU umkamen, sich in Flüchtlingslagern aus Verzweiflung das Leben nahmen sowie Armut, Unterdrückung und Krieg, die sie zur Flucht zwingen, sind Anlässe genug für Empörung - und sie sind Ausdruck einer imperialistischen Welt.

Doch Flucht und Krieg finden nicht nur weit entfernt statt. Die EU und Deutschland bringen nicht nur außerhalb Europas diktatorische Regierungen an die Macht, plündern Ressourcen, führen Krieg und beuten die Bevölkerung schamlos aus.

Als im Dezember 2013 4.000 SchülerInnen in Hamburg gegen die bestehenden Asylgesetze, gegen Residenzpflicht, Arbeitsverbot und die politische Entrechtung der Flüchtlinge ihre Schulen bestreikten, war das ein wichtiges Signal.

Zwar gab es im vergangenen Jahr immer wieder Proteste gegen Rassismus und die deutsche Flüchtlingspolitik, doch sie blieben oft regional und isoliert. Die Aktionen der Hamburger Linken und Jugendlichen waren eine Inspiration, die kurz darauf im Februar zu einem weiteren Schulstreik in Berlin führte, an dem sich 4.000 Jugendliche beteiligten.

Das Bündnis, dass von REVOLUTION und der linken SchülerInnengruppe Red Brain initiiert wurde, zog schnell viele neue AktivistInnen und Jugendorganisationen an. Umso mehr, da der Berliner Senat das Flüchtlingscamp am Oranienplatz schnell räumen wollte - direkt durch die Polizei oder durch eine Spaltung des Protestes, unter dem Vorwand von Verhandlungen.

Seitdem konnten die Landesregierungen der Flüchtlingsbewegung viele Schläge versetzen. Es gab zahlreiche Abschiebungen. Auch die öffentlichen Protestcamps wurden vielerorts geräumt. Die Aktionen, insbesondere der SchülerInnen, konnten diese Angriffe vorerst nicht verhindern. Aber sie mobilisierten dennoch tausende Jugendliche. Viele gingen zum ersten Mal für politische Fragen auf die Straße. Unter ihnen waren auch migrantische Jugendliche, die sehr direkt vom Rassismus betroffen sind. Die Teilnahme von MigrantInnen ist besonders wichtig, denn unsere Forderungen können nur durch eine Massenbewegung umgesetzt werden. Gerade die Mobilisierung und Radikalisierung von Jugendlichen spielt dabei eine zentrale Rolle.

Bestärkt durch den Schulstreik im Februar und die wachsenden Flüchtlingsströme nach Europa, beschlossen die Berliner AktivistInnen daher im April, einen weiteren Schulstreik am 1. Juli zu organisieren.

Ein zentrales Problem der Flüchtlingsbewegung und ihrer UnterstützerInnen ist jedoch ihre mangelnde bundesweite und internationale Organisierung.

Aktionen wie der Marsch von Würzburg nach Berlin oder jetzt von Straßburg nach Brüssel sind positive Beispiele für die Eigeninitiative der Flüchtlinge. Doch sie sind sehr isoliert von einer Bewegung, die auch Menschen ohne Flüchtlingshintergrund auf die Straße bringt.

REVOLUTION und Arbeitermacht, sowie die GenossInnen der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) wollen diese Initiative voranbringen. Wir fordern die Antikriegsbewegung und die Organisationen, die die Demonstrationen in Solidarität mit den AntifaschistInnen und gegen den Krieg in der Ukraine am 31. Mai organisierten, dazu auf, am 1. Juli ebenfalls bundesweite Aktionen zu organisieren. Wir wollen auch die Gewerkschaftslinke dafür gewinnen, aktiv den Kampf für die Forderungen der Geflüchteten und gegen die imperialistischen Machenschaften der deutschen Regierung in der Ukraine zusammen mit kämpferischen GewerkschafterInnen in den DGB tragen.

Mitmachen!

Wir rufen alle Initiativen und Organisationen der Flüchtlingsbewegung dazu auf, sich stärker zu vernetzen. Gemeinsame Aktionen am 1. Juli und eine nachfolgende bundesweite Konferenz aller Beteiligten könnte ein wichtiger Schritt dafür sein. Gerade Jugendorganisationen wie Solid, die JuSos, die SDAJ oder antifaschistische Gruppen sollten einen Beitrag zu dieser Bewegung leisten.

Wir von REVOLUTION und Arbeitermacht werden gegen Rassismus, Krieg und Abschiebung auf die Straße gehen und zugleich für eine weitergehende politische Perspektive eintreten: für ein Europa ohne Grenzen, ohne Ausbeutung, Krieg und Abschiebung - für ein sozialistisches Europa. Denn nur eine Welt ohne Imperialismus, kann auch eine Welt sein, in der niemand fliehen muss, in der Menschen frei sind, zu leben, zu arbeiten und sich zu verwirklichen, wo sie wollen.

Georg Ismael - REVO Berlin

Josef vor Gericht

Ein Schauprozess gegen alle Antifaschist_Innen

Am 6. Juni 2014 hat der „Prozess“ gegen Josef, einen antifaschistischen Aktivisten, der im Rahmen der Proteste gegen das Vernetzungstreffen der radikalen Rechten Europas, dem Akademikerball, festgenommen wurde und seit mehr als 5 Monaten in Untersuchungshaft gefangen gehalten wird, begonnen.

Josef, ein 23 jähriger Student und Mitglied der roten Falken aus Jena, wurde am 24.1.2014 im Laufe der Proteste gegen den WKR-Ball (Wiener-Kooporationsring Ball), der seit einiger Zeit unter dem Namen Akademikerball organisiert wird, verhaftet und sitzt seit dem in Untersuchungshaft. Der Akademikerball ist seit Jahren ein Treffen der rechtsextremen Eliten Europas, internationale Gäste wie Le Pen und bekannte Holocaustleugner_innen gehören zum jährlichen Repertoire dieses Balls, der von rechtsextremen Burschenschaften abgehalten wird und rechtsextremen Eliten als Vernetzungstreffen dient. Seit mehreren Jahren gibt es große Proteste gegen diesen Ball, an denen auch wir von REVOLUTION uns beteiligen. Dieses Jahr brachten die Bündnisse “No WKR” und “Offensive gegen Rechts” mehr als 8000 Leute auf die Straße, die versuchten diesen Ball zu verhindern. Vor den Demonstrationen gab es eine regelrechte Welle an Polizeirepression, Teile der Wiener Innenstadt wurden zu einem Gefahrengebiet, ähnlich wie in Hamburg, erklärt, in dem ein generelles Vermummungsverbot verhängt wurde, es gab enorme Einschränkungen der Pressefreiheit, Journalist_innen durften nicht ohne Polizei in die Nähe der Hofburg. Am Tag selber kam es zu Prügel-und Verhaftungsorgien von Seiten der Polizei (Das Informationszentrum von Offensive gegen Rechts musste zu einem Lazarett umgewandelt werden), bei denen auch Josef verhaftet wurde.

Die Straftaten die ihm vorgeworfen werden sind schwere Sachbeschädigung, Rädelsführerei, Landfriedensbruch und absichtliche versuchte schwere Körperverletzung. Nicht nur die Begründungen für die Untersuchungshaft (damit U-Haft verhängt wird muss diese begründet und immer wieder geprüft werden – bei Josef waren das „Verdunkelungsgefahr“ und „Tatbegehungsgefahr“) waren an den Haaren herbeigezogen, auch die Live-Berichterstattung las sich mehr wie eine bittere Satire als ein seriös geführter Prozess. Auf was der Prozess jedoch hinauslaufen sollte war relativ klar: ein Exempel sollte an der antifaschistischen Linken statuiert werden und Josef hat es erwischt.

Scheiben klirren und ihr schreit, Menschen sterben und ihr schweigt!

Die Stimmung des Prozesses war relativ klar, man versuchte, mit Bildern und Gruselgeschichten vom schwarzen Block und dem Daherreden von angeblich kriegsähnlichen Zuständen in Wien am 24.1 Josef für alle Schäden, die während der Demonstration passiert sind, verantwortlich zu machen. Da wurde schnell einmal aus einem Transparent ein Rammbock und aus zerbrochenen Fenstern die Apokalypse. Natürlich nicht erwähnt wird, von wessen Seite die Gewalt an diesem Abend ausging: nämlich von der Polizei, welche Provokationen von Seiten der Exekutive (durch Vermummungsverbot und Einschränkung der Pressefreiheit) die Wut vieler Aktivist_innen hervorrief. Es sind ohnehin die politisch weitaus wichtigeren Frage als Glasscherben, dass wir in einem Staat leben der aktiv rechte Recken, Rechtsextreme und Faschist_innen schützt, während er antifaschistische Demonstrant_innen niederknüppelt und kriminalisiert. Kein Wunder in einem System, in dem Rassismus und mörderische Abschiebepolitik zum traurigen Alltag gehören.



No Justice, No Peace

Während der Verhandlung, die, wäre sie nicht so tragisch, fast schon komödienähnliche Qualitäten hatte, wurden die Polizist_innen verhört, die Josef belasteten und starteten somit eine Reihe von Verwirrungen, widersprüchlichen Aussagen und Fehlern während der Verhaftung. Faktische Beweise von den Taten, die Josef begangen haben soll, gab es nicht, das Soundgutachten bei einer Videoaufnahme, wo er die Menge angefeuert haben soll, die Polizeistation zu verwüsten, sagte aus, dass es nicht seine Stimme auf der Aufnahme war, auf keiner Videoaufnahme sieht man Josef Steine auf die Polizei schmeißen, man sieht ihn nur einen Mistkübel wieder aufstellen.

Und trotz aller Unstimmigkeiten bei den Aussagen, einem absoluten Beweismangel, wird Josef bis zum nächsten Verhandlungstermin im Juli nicht freigelassen, und das auf Grundlage absolut fadenscheiniger Begründungen, denn man sehe ihn ja den Mistkübel aufstellen. Wir stehen in Solidarität mit Josef und allen von Repression betroffenen Aktivist_innen! Gerade jetzt, wo die antifaschistischen Linke von immer stärkerer Repression betroffen ist, ist es wichtig, Strukturen weiter auszubauen, die Betroffenen helfen können und eine gute und solidarische Bündnispolitik weiterzuführen, denn ein Angriff auf Einen ist ein Angriff auf uns Alle. Antifaschismus darf sich nicht kriminalisieren lassen!

REVO Wien

Von Friedenspolizisten, Korruption und Sklaverei

Endlich wieder Fußball

Die Fußball-WM 2014 in Brasilien steht kurz bevor. Um Fußball geht es allerdings kaum noch. Vor Ort stehen natürlich die Proteste im Fokus, die sich gegen die Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr richteten und sich schließlich in Proteste gegen die Art der Durchführung der Weltmeisterschaft wandelten. Angekündigt sind Demonstrationen und Blockaden für jedes WM-Spiel. Zu kritisieren gibt es viel, ein Stadion in Manaus, mitten in den Dschungel gebaut, in einer Stadt ohne Profiverein; Spenden von privaten Investoren zur Baufinanzierung, die von der Dilma-Regierung angekündigt wurden belaufen sich exakt auf 0,00€. Bei der Vergabe ging die Regierung von ca. 0 - 20% Steuerbeteiligung an den Kosten aus. Und während Stadien, Hotels und Flughäfen renoviert oder gebaut werden fallen in weiten Teilen des Landes Krankenhäuser, Schulen und Straßen langsam in sich zusammen, wenn es denn überhaupt welche gibt. Ein Gesundheitssystem gibt es in weiten Teilen gar nicht. Ein denkwürdiges Beispiel bürgerlicher Analyse lieferte uns der WM-Rekordtorschütze Ronaldo mit dem Satz: „In Krankenhäusern kann man aber keinen Fußball spielen!“ Danke dafür.

Besonders dramatisch stellt sich allerdings die Situation von Straßenkindern dar, von denen es in Brasilien schätzungsweise 8 – 10 Mio. gibt. Die Polizei liefert die Kinder zu dutzenden mit LKW`s vor die Stadt, auch Gerüchte über Erschießungen kursieren. Die Regierung lässt für die WM auch Auffanghäuser einrichten, einige Straßenkinder-Organisationen kooperieren allerdings nicht. Kritisiert wird vor allem, dass die geplanten Maßnahmen nur zeitlich begrenzt und selbst dafür völlig unzureichend sind. Die Kinder sollen nur während der WM von der Straße verschwinden. Nicht einmal die Unterkünfte sind auf mehrere Monate ausgelegt. An den Problemen und ihren Ursachen ändert sich so natürlich nichts, nichts an der Armut, nichts an den schwierigen Wohnverhältnissen und an der Perspektivlosigkeit. Von Bildung und Arbeit will niemand reden.

In Städten wie Sao Paulo und v.a. Rio de Janeiro wurden Insgesamt etwa 220 Comunidades geräumt, also Tausende von Menschen ihrem zu Hause beraubt. Verantwortlich zeigt sich u.a. die UPP (Unidade de Policia Pacificadora), auf deutsch etwa „Polizeieinheit zur Befriedung“, auch oft Friedenspolizei genannt. Etliche Fälle zeigten die Involvierung der Polizei in Folter und Exekutionen von Jugendlichen in der Präfektur von Rio de Janeiro. Sie füllten die Titelblätter der Zeitungen, wobei dies oft dargestellt wurde, als ob Drogendealer in Schusswechseln mit der Polizei umgekommen seien. Viele dieser Fälle wurden schon widerlegt.

Aber dies ist kein Privileg von Rio de Janeiro. Auch in Sao Paulo gab und gibt es viele Fälle von Exekutionen und von Gewaltakten der Polizei, v.a., wenn es um Räumungen von Obdachlosen geht, sei es von besetzten Gebäuden oder Ländereien, sei es von zentralen Orten, wo es Konzentrationen dieser Ärmsten der Armen gibt. Diese Gewalttaten gehen zum Teil auch auf das Konto paramilitärischer Verbände, die ihre Mitglieder aus früheren und noch aktiven Polizisten rekrutieren und ein Erbe der Militärdiktatur von 1964 bis 1985 sind. Damals wurden diese sogenannten Todesschwadronen gegen politische Oppositionelle eingesetzt, heute gegen die rebellierenden Bewohner der ärmsten Teile der Bevölkerung. Offiziell soll es sie heute nicht mehr geben, aber ihre Organisationsform und ihre Praktiken haben überdauert. Diese Paramilitärs werden von Geschäftsleuten und HausbesitzerInnen angeheuert, um z.B. gegen die Straßenkinder vorzugehen, die vor Läden und in Einkaufspassagen betteln, Abfälle sammeln oder stehlen. Brutale Morde zur Abschreckung sind an der Tagesordnung.

Auch in 4 Jahren in Katar wird die Situation kaum eine andere sein. Seit Monaten sind Berichte über „Unfälle“ auf den WM-Baustellen in den Medien, bis zu 185 ArbeiterInnen sollen bisher gestorben sein. Diese Tode sind allerdings die logische Folge von fehlendem Arbeitsschutz (keine Helme, 12-Std.-Schichten im Hochsommer), Unterkünften ohne sanitäre Anlagen, Strom oder fließendes Wasser, kurz: kapitalistischer Verwertungslogik. Die Arbeiter, die oft monatelang keinen Lohn bekommen haben werden trotzdem zur Arbeit gezwungen, indem man ihnen mit einem kompletten Lohnausfall oder der Abschiebung droht. Klagt man gegen den Arbeitgeber, ist man automatisch erpressbar und wird vor die Wahl gestellt, entweder wird die Klage fallen gelassen, oder die Ausreiseerlaubnis wird nicht erteilt. Die Grundlage hierfür ist das sogenannte „Sponsorengesetz“ von 2009, das ausländische ArbeiterInnen in Katar dazu verpflichtet, die Genehmigung ihres Arbeitgebers einzuholen, wenn sie diesen wechseln oder das Land verlassen möchten, es legt auch die Passabgabe der GastarbeiterInnen an ihren Arbeitgeber fest. Es herrschen zwangsarbeiterähnliche Bedingungen.

Ohnehin sind die Löhne sehr niedrig und die Arbeitsbedingungen sehr hart. Es muss in großer Hitze gearbeitet werden. Die GastarbeiterInnen, sie kommen meist aus Südasien, Nepal, Indien, Pakistan, etc., müssen Vermittlungsgebühr zahlen, damit sie überhaupt an einen Job in Katar kommen. Dafür müssen viele von ihnen Kredite aufnehmen, umgerechnet bis zu 3500 Dollar. Das sind in den jeweiligen Herkunftsländern natürlich horrende Summen. Und wenn die Gebühr über einen Kredit finanziert wird, kommen noch hohe Zinsen dazu. Oft sind die Schulden dann so groß, dass sie nicht mehr zurückgezahlt werden können, geschweige denn, dass die Arbeiter nach ihrem mehrmonatigen Aufenthalt einen Gewinn machen.

Über die Korruption bei der Vergabe ist ja in nahezu jedem verfügbaren Medium schon berichtet worden, der katarische Unternehmer und ehemalige Fifa-Vizepräsident Bin Hammam (inzwischen lebenslange FIFA-Strafe)

habe mehrere Offizielle des Weltverbandes mit insgesamt 3,7 Millionen Euro geschmiert, auch Franz Beckenbauer hat ihm ja einen wohldotierten Job zu verdanken. Er ist auch verantwortlich für große Deals Katars mit anderen Nationen rund um die WM-Vergabe und organisierte Treffen zwischen der Königsfamilie Katars und der der FIFA (offizieller Name: Exekutivkomitee).

Doch Korruption in der FIFA hat eine Tradition, die nahezu so alt ist wie die FIFA selbst. Bekanntestes Beispiel ist die ISMM/ISL, früher eine Marketingfirma, von der an die FIFA über 115 Mio.€ flossen, war verantwortlich für Fußball-Übertragungsrechte. Sie bestachen u.a. den einstigen Fifa-Präsidenten Joao Havelange und seinen früheren Schwiegersohn Ricardo Teixeira (bekam über 12 Mio.$), u.a. verantwortlich für die WM-Vergabe an Brasilien und bis vor kurzem Mitglied im Exekutivkomitee. Aus diesem sind einige wegen Korruption und Bestechung bereits entlassen worden, andere behielten ihren Sitz, das FBI und FIFA-Chefermittler Garcia ermitteln weiter.

Allerdings gibt es dort nicht viel zu recherchieren, die Bestechungen sind in dutzenden Fällen erwiesen, laut Vereinsrecht in der Schweiz ist das aber in Vereinen, was die FIFA mit Milliardenumsätzen und jährlich 3-stelligen Mio.-Gewinnen immer noch ist, gar nicht strafbar. Man bedenke dabei die zahlreichen anderen Verbände und Vereine mit Hauptsitz in der Schweiz. Auch von siebenstelligen Boni für offiziell „Ehrenamtliche“ wird in den Medien nicht gesprochen.

Doch allein mit diesen beiden Punkten wird klar, jegliche Illusionen in die FIFA und ihre Ethikkommission, wie seitens des DFB (Deutscher Fußballbund) sind völlig unbegründet und auch ein Abgang des erneut antretenden Don Blatter, seit 1998 im Amt, wird am Grundproblem nichts ändern.

Solange mit Fußball Geld verdient wird und die WM eine riesige Geldmaschinerie darstellt,- wird sich die Korruption und die Ausbeutung, Räumungen und Morde alle 4 Jahre wiederholen, je nach Situation des gastgebenden Landes in extremer oder abgeschwächter Form.

Daher unterstützen wir die Proteste gegen die WM und unterstützen ihre richtigen Forderungen!

- Baut Krankenhäuser, Schulen und Infrastruktur statt Stadien!
- Baut Verteidigungskomitees aus BewohnerInnen und ArbeiterInnen für die Comunidades auf!
- Zerschlagt die UPP und alle anderen Militärpolizeiapparate und Paramilitärs!
Abschaffung des Vereinsrechts in der Schweiz
- Abschaffung des Sponsorengesetzes in Katar und für demokratische, wähl- und abwählbare Kontrollräte aus ArbeiterInnen, die Baustellen, Arbeitsschutz und Unterkünfte kontrollieren
- Abschaffung aller Forderungen der FIFA ans gastgebende Land, wie z.B. Nullbesteuerung aller Sponsoren von der WM-Vergabe bis zum Finale (Mindestumsätze, Angebotskontrolle rund um die Stadien)
- Enteignet die FIFA
- Wir brauchen einen demokratischen Verband, der der Kooperation dient und demokratisch und jederzeit wähl- und abwählbar ist, zusammengesetzt aus Fans, SpielerInnen, TrainerInnen und ArbeiterInnen aus Vereinen, Stadien usw.

Carlson von und zu Dach - REVO Berlin



Filmkritik: A Touch of Sin

Der Film von Regisseur Jia Zhangke, welcher 2013 in China und Japan gedreht wurde, zeigt Lebensabschnitte von vier Menschen aus der chinesischen Arbeiter_innenklasse. Alle sind sie von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen, doch während die einen an der trostlosen Situation zerbrechen, wehren sich die anderen und versuchen wieder ein wenig Selbstbestimmung in ihr Leben zu bringen. Gerechtigkeit erlangen sie so allerdings auch nicht.

Da gibt es zum einen den Minenarbeiter Dahai, welcher sich bei den Dorfoberen über die sinkenden Löhne und die Behandlung der Arbeiter nach der Privatisierung der Mine beschwert. Er greift zur Waffe, nachdem Schläger des Minenbesitzers in krankenhausreif prügeln und versuchen, ihn mit Geld zu bestechen, während seine Mitmenschen nur mit Angst und Unverständnis reagieren.

Der Wanderarbeiter Zhou San hat sich mittlerweile darauf spezialisiert, routiniert Großverdiener zu überfallen. Seine Familie wartet zu Hause in ihrem von Armut, Langeweile und Alkoholismus geprägten Dorf. Er verrät nicht, woher die stetigen Geldzahlungen kommen.

Auf einem Autobahnrastplatz trifft Xiao Yu ihren Geliebten. Sie will, dass er seine Ehefrau verlässt und bei ihr bleibt, wird aber von ihm enttäuscht. Danach versucht sie sich als Sauna-Rezeptionistin ein neues Leben aufzubauen, was darin endet, dass ein reicher Gast sie zuerst demütigt und dann vergewaltigen will, woraufhin sie sich verteidigt.

Der Jugendliche Xao Hui wird in einer Kleiderfabrik beschuldigt, am Arbeitsunfall eines Kollegen Schuld zu tragen. Seine Flucht vor den Regresszahlungen führt ihn zu einem neuen Job in einem Nachtclub; hier feiern die Mitglieder der chinesischen Oberschicht und ausländische Kapitalisten. Doch auch hier läuft es nicht gut für ihn, er zieht weiter. Schließlich lässt ihn der triste Alltag zwischen Werk und Wohnheim, der für viele keinerlei Aussicht auf Besserung der Lebensumstände bedeutet, verzweifeln.

Der Regisseur Jia Zhangke zählt zu Chinas bedeutendsten und auch preisgekrönten Filmemachern (Still Life). In A TOUCH OF SIN zeigt er die Auswirkungen des Wirtschaftssystems im modernen China. Das Land hat sich, seit Maos Tod 1976, von der Autarkiepolitik nach dem Vorbild der Sowjetunion, über die ersten Reformen wie die Gründungen der Wirtschaftssonderzonen und schließlich dem WTO Beitritt 2001, zu einer vollständigen Marktwirtschaft entwickelt. Mittlerweile hat China alles, was ein kapitalistisches, imperialistisches Land ausmacht und kann auf eine riesige Masse billiger Arbeitskräfte und einen bürgerlichen Staat zurückgreifen. Die einzige Besonderheit ist, dass die herrschende Partei keine rein bürgerliche ist, sondern eine „kommunistische“ Vergangenheit hat.

Der Titel und die Wucht der Inszenierung stehen als Hommage an King Hus Martial-Arts Klassiker A TOUCH OF ZEN, welcher als erster chinesischer Actionfilm in Cannes mit einem Preis ausgezeichnet wurde. Das Individuum im Kampf gegen Unterdrückung ist auch ein zentrales Thema des Wuxia-Genres, an welches der Film anknüpft, das in der chinesischen Filmgeschichte auf eine lange Tradition zurückblickt. Nur ist es leider genau das Individualistische am Kampf der Charaktere, was ihre Möglichkeiten begrenzt und nur zu kleinen Verbesserungen in ihrer subjektiven Situation führen kann. Nicht umsonst heißt es:

The workers *united* will never be defeated!



Feminism and Race

Wenn man heute im ach so gleichberechtigten Deutschland in Diskussionen die realexistierende Frauenunterdrückung anspricht und auf absolutes Unverständnis des/der Gesprächspartner_in trifft, dann bleibt einem immer noch das schlagende Argument der ungleichen Lohnverteilung. Laut statistischem Bundesamt verdienen Frauen in Deutschland 22%[1] weniger als Männer – interessant ist dabei auch die Verteilung der Ungleichheit in Hinblick auf die Region: Iin den alten Bundesländern entspricht der Gender Pay Gap (ungefähr „Geschlechter-Einkommens-Lücke") mit 23% ungefähr dem Durchschnitt, im ehemaligen Bundesgebiet der DDR sind es nur 8%, Tendenz jedoch steigend.

Niemand bestreitet diesen Lohnunterschied, er ist offiziell. Und in Zeiten der theoretischen Gleichstellung von Mann und Frau in den Industrieländern, ist er eines der Hauptargumente von Feminist_innen, bürgerlichen sowie proletarischen. Doch beide Lager beziehen sich mit der Verwendung dieser Zahlen nur auf die weiße Frau als Subjekt der Unterdrückung.

In den USA ist das kapitalistische Phänomen der Gender Gap statistisch sehr viel intensiver erforscht als in Deutschland. Die alljährlich von der AAUW (American Association of University Women) herausgegebene Studie „The Simple Truth about the Gender Pay Gap" untersucht unter anderem den Zusammenhang von Ethnie und Lohnunterschied. Da weiße Männer den größten Anteil der Arbeitskraft darstellen, wird auch ihr Durchschnittseinkommen zur Berechnung der Gender Pay Gap herangezogen. Die 23% (USA) Lohnunterschied beziehen sich also auf weiße Frauen und weiße Männer. Denn der Kapitalismus profitiert nicht nur von billigen weiblichen Arbeitskräften und ihrer kostenlosen Reproduktionsarbeit (Kochen, Waschen, Putzen, Kinderbetreuung etc. im privaten Haushalt), sondern kann sie zusätzlich noch aufgrund ihrer Herkunft, im Falle von lateinamerikanischen Frauen, 47%[2] weniger verdienen lassen. Doppelte Unterdrückung bedeutet auch doppelte wirtschaftliche Last. Auch Afroamerikanische Frauen verdienen nur 64% des Gehalts eines weißen Arbeiters. So sind sie im späteren Leben zusätzlich noch stärker von Altersarmut bedroht als weiße Frauen.

In einer progressiven Frauenbewegung müssen diese besonderen Bedingungen aufgegriffen und ein Kampf gegen sie geführt werden. Das bedeutet nicht, dass wir Theorien, wie die der Triple Oppression (3fache Unterdrückung: Sexismus, Rassismus, Klassismus)



unterstützen. Zwar haben alle Unterdrückungen unterschiedliche Auswirkungen und stigmatisieren Betroffene speziell, erst recht, wenn mehrere Unterdrückungen sich kombinieren. Doch Rassismus und Sexismus entstehen nicht von alleine, sondern werden tagtäglich von dem kapitalistischen System, in dem wir leben, reproduziert. So wird, neben der direkten Profitmaximierung durch Ausbeutung unterdrückter Gruppen, gezielt eine Spaltung der Unterdrückten in Mann und Frau, Schwarz und Weiß, herbeigeführt und Barrieren für Widerstand gebaut. Es ist dringend notwendig, den Kampf gegen Rassismus und Sexismus mit antikapitalistischen Kräften zu verknüpfen, um eine wirkliche Perspektive zu bieten.

Doch nicht nur finanziell sind Women of Color stark unterdrückt. Durch die einseitige Darstellung in Medien, die zum Beispiel lateinamerikanische Frauen als sinnliches Lustobjekt, aber auch als Hausmädchen präsentieren, wird so ein viel höheres Risiko für Lateinamerikanerinnen, vergewaltigt zu werden, erzeugt. Schwarzen Frauen wird häufig die Rolle der aggressiven, lauten, freakigen Person aufgezwungen. Allein die Bandbreite an weiblichen Charakteren in Filmen ist schon stark eingeschränkt, die für nicht weiße Frauen noch mehr.

Der weiße, bürgerliche Feminismus möchte uns beibringen, dass wir alle so aussehen dürfen, wie wir wollen. Doch nur selten wird dabei das eurozentrische Schönheitsideal angegriffen und noch immer gelten krause Afrohaare als unordentlich, werden gleichzeitig aber als exotisch fetischisiert.

Dies ist nur ein Teil der aufgezwungenen Frauenbildern und des Rassismus, denen wir tagtäglich begegnen. Für viele sind sie mittlerweile zum Alltag geworden. Jedoch nur weil sie in der Mehrheit der Gesellschaft verbreitet werden, wird ihr Inhalt dadurch nicht legitimer. Die Rolle von Frauen in der Gesellschaft muss grundlegend hinterfragt werden, um sich der Missstände gewahr zu werden und Unterdrückungsmechanismen herausarbeiten zu können. Wir dürfen nicht darauf warten, dass es schon eine proletarische Frauenbewegung geben wird, die Frauen ALLER Hautfarben vertritt, sondern müssen uns aktiv mit den besonderen Problematiken auseinandersetzen und für eine solche Bewegung kämpfen.

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE, PROLETARISCHE BEWEGUNG ALLER FRAUEN!

REVO Berlin

Einzelnachweise:
1. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/03/PD14_104_621.html
2. http://www.aauw.org/files/2014/03/The-Simple-Truth.pdf, S.11

Grundlagen des Marxismus

Sozialismus: Der Übergang zum Kommunismus

Marxismus ist eine Wissenschaft, die keine_r von uns an einem einzigen Tag komplett verstehen wird. Vielmehr ist es wichtig sich(und natürlich auch andere) ständig zu bilden. Diese Kolumme wird in Zukunft regelmäßig in unserer Zeitung und auf www.onesolutionrevolution.de erscheinen und in loser Reihenfolge Themen marxistischer Theorie erklären.

Was ist der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus? Wie kommen wir von einer kapitalistischen Gesellschaft, mit all ihren Problem, Teilungen und Ungleichheiten, zu einer kommunistischen Gesellschaft?

Karl Marx war weder der erste, der den Kapitalismus für die Armut und Ungleichheit, die er erschuf, verurteilte, noch war er der erste, der für eine Gesellschaft, in der Armut und Ungleichheit ausgerottet sind kämpfte. Aber er war der erste, der verstand, dass der Kapitalismus selbst die Kräfte erschaffen würde, die in der Lage sein werden, ihn zu stürzen. Vor Marx glaubten utopische Sozialisten wie Fourier und Owen, dass eine alternative Gesellschaft im Kapitalismus aufgebaut werden könne. Sie entwickelten Pläne für Gesellschaften, in denen weder Ausbeutung, noch Unterdrückung gebraucht würden, um die wirtschaftliche Produktion zu erhalten. Sobald diese Modell-Gemeinden erst etabliert wären, würden sie sich rapide als den existierenden überlegen beweisen. Hier fingen die Probleme an. Fourier hoffte, finanzielle Unterstützung von einem reichen Gönner zu gewinnen und erklärte, er sei Tag und Nacht verfügbar, um die Details zu diskutieren. Leider verstrichen die Jahre und er wartete. Er wurde älter und der Kapitalismus wurde stärker. Trotz Engagement bis zum Ende erreichte er nichts. Owen, ein sehr wohlhabender Mann, vertraute auf sein Glück, indem er Land in Nordamerika für seine Stadt „New Harmony" kaufte, doch er wurde von seinem Geschäftspartner hintergangen und musste, ohne etwas erreicht zu haben, nachhause zurückkehren.

Marx verstand, dass Gesellschaften sich nicht als Resultat kluger Pläne oder individuellem Engagements entwickelten. Adam Smith beschrieb den Kapitalismus, nachdem er sich aus der feudalen Gesellschaft einwickelt hatte. Das kapitalistische System entwickelte sich nicht, weil Smith eine Vision hatte, wie es sein könnte.

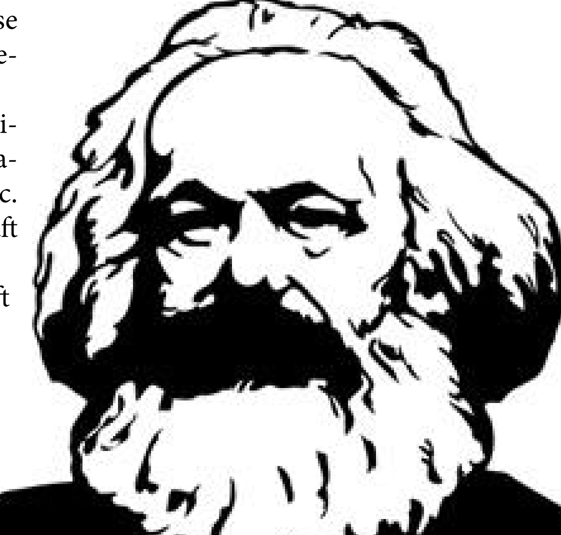
Sozialismus, verstanden als Gesellschaft, in welcher die Ökonomie kollektiviert und die Erzeugnisse geteilt sind, lässt sich nicht separat von einer existierenden kapitalistischen Gesellschaft erschaffen und vollständig entwickeln. Stattdessen wird es, im historischen Sinne, eine Periode, während der die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft verwandelt wird, eine „Übergangsperiode," geben.

Der Kampf für eine einfache und aufrichtige menschlichere Gesellschaft kann nicht losgelöst von der existierenden kapitalistischen geführt werden. Genauso wie ein Arbeiter nur mit den verfügbaren Werkzeugen und Rohstoffen arbeiten kann, kann die Menschheit im Allgemeinen eine neue Gesellschaft nur mit den „Rohstoffen", angeboten durch die bisherige Entwicklung der Gesellschaft, erschaffen. Was sind diese „Rohstoffe"? Auf den ersten Blick schienen es diese zwei zu sein:

Der physische Apparat der Produktion, oder die „Produktionsmittel" - Maschinen, Fabriken, Eisenbahnlinien, etc. Die Menschen, die jede Gesellschaft ausmachen.

Wer auch immer die Gesellschaft verändern wird, wäre selbst ein Produkt der existierenden Gesellschaft. Die Gesellschaft von morgen wird von den Menschen von heute, welche Technologien von heute dazu gebrauchen, gebaut. Eine von Marx' brillantesten Erkenntnissen war, dass es sogar einen dritten Faktor in der Gesellschaft gibt, der berücksichtigt werden muss. Um die Technologien der Produktion zu benutzen werden die Menschen in einer sehr klaren Art und Weise organisiert.

Eine kleine Anzahl, die Kapitalist*innen, besitzen und kontrollieren die Produktionsmittel, während eine erheblich größere Anzahl an Menschen, die Arbeiter*innenklasse, sie eigentlich bedient. Die Arbeiter*innen haben keine wirkliche Wahl in dieser Frage, denn ihr einziges Mittel zu überleben ist der Lohn, den sie von den Kapitalist*innen verdienen können. Marx nannte dieses dritte Element die „Produktionsverhältnisse". Obwohl nicht gleich offensichtlich, sind diese das dritte Element, welches im Begriff, die Gesellschaft zu verändern, am wichtigsten ist. Selbst zu Marx' Zeit machte der technische Fortschritt es möglich, ausreichend für einen angemessenen Lebensstandard aller zu produzieren. Armut ist ein Resultat der der sozialen Beziehungen, der ungleichen Verteilung des erwirtschafteten, nicht der technologischen Gegebenheiten! Es sind genau diese Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, gekoppelt an



ihre zentrale Stellung in der Produktion, die eine soziale Kraft entfalten können, die revolutionäre Arbeiter*innenklasse, welche die Gesellschaft in den Sozialismus überführen können. Dieselben sozialen Beziehungen bedeuten allerdings auch, dass die Kapitalist*innen allen Grund haben, die Sachen zu lassen wie sie sind. Und sie haben sehr effektive Mittel eine Veränderung zu vermeiden. Die gesamte Organisation der Gesellschaft schützt sie. Sie haben die besten Lebensbedingungen, die beste Bildung, jede Generation ist trainiert, die Kontrolle zu übernehmen. Desweiteren schützt das Gesetz ihren Wohlstand und wird gestützt von den physischen Verteidigungsmaßnahmen: Polizei, Armee und Gefängnis – In einem Wort, dem Staat. Marx' politische Strategie musste daher bei diesem Verständnis von Gesellschaft beginnen; Die Produktionsmittel für eine bessere Gesellschaft existieren schon, die Arbeiter*innenklasse brauchte diese neue Gesellschaft, die Kapitalist*innen aber, geschützt vom Staat, sind bestimmt, jede Änderung zu verhindern. Seine ersten theoretischen Überlegungen, wie diese Minderheit zu stürzen ist, wurden im Kommunistischen Manifest von 1848 dargelegt.

Mit dem Manifest lieferte Marx nicht nur einen verheerenden Angriff auf Kapitalismus, sondern legte auch dar, wie eine Regierung der Arbeiter*innenklasse, welche durch eine demokratische Revolution an die Macht kommt, den Weg zum Sozialismus beginnen müsse. Die Maßnahmen einer solchen Regierung umfassen die Abschaffung von Privateigentum an Boden, die Einführung einer progressiven Besteuerung, um den Reichtum der Kapitalist*innen umzuverteilen, die Zentralisierung von Krediten über die Einrichtung einer Nationalbank, außerdem Verstaatlichung von Transport und Kommunikation, geplante Erweiterung der Produktion, um die Nachfrage zu versorgen und kostenlose staatliche Bildung für alle Kinder.

In gewissem Sinne wurden Marx' Vorhersagen binnen Monaten brillant erfüllt. Revolutionen erschütterten Europa noch im gleichen Jahr. Doch der Verlauf der Ereignisse zeigte eine Fehleinschätzung dieses ersten kommunistischen Programms. Selbst, wo demokratische Rechte erkämpft wurden, wie in Frankreich, reichten sie nicht aus, um den Kapitalismus zu stürzen.

Auf der Straße war die Arbeiter*innenklasse mit den bewaffneten Kräften des Staates konfrontiert. Soldaten und Polizisten, angeführt und kontrolliert von Offizieren aus den reicheren Klassen, setzten Gesetze durch, welche in der Judikative von den Verwandten ihrer Offiziere gestützt wurden.

Sie massakrierten die Arbeiter*innen von Paris und bekamen Medaillen zur Erinnerung.

Marx, der selbst während der deutschen Revolution im Gefängnis saß und in der besiegten revolutionären Armee gekämpft hatte, zog später eine unverblümte Schlussfolgerung. In Anbetracht des „menschlichen Materials", aus dem der Staat sich mit Millionen von Verbindungen zur herrschenden Klasse zusammensetzt, ist es absolut unmöglich, dass eine demokratische Regierung die Bourgeoisie durch einen Parlamentsbeschluss stürzen kann. Der Rest der Staatsmaschinerie würde schlicht verweigern, die Anweisungen auszuführen und wiederum die gewählte Regierung stürzen.

Weiter ist Marx zu Beginn nicht gegangen. Entschlossen, nicht den gleichen Fehler wie die Utopisten zu machen, die von sich persönliche Rezepte für die Zukunft erträumten, kehrte er erst zu der Frage zurück, als der Klassenkampf ihm neue Belege gab. 1871, nachdem Frankreich von Preußen besiegt worden war, ließ sich die französische Regierung darauf ein, die Verteidigung von Paris abzubauen. Doch der Großteil der Pariser*innen stellte sich dem entgegen, verhinderte, dass die Kanonen abtransportiert wurden und zwang die Regierung in die Flucht.

Pariser Commune

Für ganze 3 Monate war Paris im gebräuchlichen Sinne ohne Regierung und Staatsapparat. Männer und Frauen der Arbeiter*innenklasse hatten zum ersten Mal die Führung einer modernen Hauptstadt übernommen. Sie errichteten ihr eigenes System einer „Regierung", eine radikale Demokratie, die „Pariser Commune", in der in jedem Stadtteil nach universellem Wahlrecht Delegierte gewählt wurden.

Die Delegierten waren verantwortlich für die Verteidigung der Stadt, Verteilung der verfügbaren Lebensmittel und Erstellung von Gesetzen, nach welchen die Stadt nun leben würde. Die Treffen fanden öffentlich statt und die Entscheidungen wurden von der Bevölkerung selbst durchgesetzt – als der 8-Stunden-Tag ausgerufen wurde, benötigten sie keine juristische Kommission um auszuarbeiten, wie er eingeführt werden sollte.

Da sie sich bewusst waren, wie leicht Repräsentanten durch Macht korrupt werden, beschloss man, dass kein/e Beamte/r mehr als einen Arbeiter*innenlohn bekommen sollte, außerdem waren alle Delegierten ständig durch ihre Wähler*innen abwählbar. Echte Rechenschaftspflicht, nicht die leere Demokratie, welche es einem/r Abgeordnete/n möglich macht, die Wähler*innen für die nächsten 4 Jahre zu ignorieren!

Marx sah in der Pariser Commune mehr als nur ein episodisches Abenteuer von Demokratie. Er verstand, dass an ihr zu sehen ist, wie Kräfte, welche aus der kapitalistischen



Gesellschaft entstanden waren, durch revolutionären Kampf zur ersten Stufe der neuen Gesellschaft werden können.

Der bestehende Staat muss zerstört werden, das wusste er bereits. Aber Paris zeigte, wie eine neue Form der sozialen Organisierung, die Kommune, die Funktionen der Staatsmacht, wie zum Beispiel für die Verteidigung, Wiederaufbau und wirtschaftliche Organisation, welche für den Zeitraum des Übergangs immer noch nötig waren, übernehmen konnte, ohne einen neuen Unterdrückungsapparat zu schaffen, der über der Allgemeinheit steht.

Darüber hinausgehend hatte die gesamte Bevölkerung jetzt Verantwortung für die „Regierung", so verwandelten sich auch Einzelne. Haltungen und Annahmen, welche unter kapitalistischen Bedingungen entstanden waren, ließ man hinter sich. Es war noch kein Sozialismus, aber der Weg zum Sozialismus – die Übergangsperiode – hatte sich eröffnet.

In den 1870er Jahren entwickelte Marx seine Ergebnisse weiter, indem er darlegte, was er über diese Übergangsperiode sagen konnte. In den Nachwehen von Revolutionen würde das Wirtschaftssystem das sein,was der Kapitalismus erschaffen hatte. Marx nahm an, dass es die erste Aufgabe des neuen „Kommunenstaats" sei, die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Jede/r, die/der zur Arbeit befähigt ist, würde benötigt, und, da die Kommune den Reichtum der Bourgeoisie konfisziert hätte, würde die Gesellschaft riesige Schritte hinsichtlich der wirtschaftlichen Qualität machen.

Doch obwohl das Nutzen der bestehenden industriellen Kapazitäten auf einer vernünftig geplanten Grundlage ein riesiger Fortschritt wäre, wäre die Gesellschaft noch geprägt von ihren Ursprüngen im Kapitalismus. Ungleichheit wäre reduziert, aber das eigentliche Ausmaß der Produktion wäre noch begrenzt. Langfristig wäre es für die Gesellschaft notwendig, sich ebenfalls zu verändern. Regionale und nationale Ungleichheiten würden überwunden werden müssen.

Es bedürfte der geplanten Neuverteilung der Ressourcen und der Erschaffung einer aufrichtig demokratischen Aufteilung der Arbeit in einer globalen Wirtschaft, um die schwerwiegende Unterentwicklung großer Teile der Erde auszugleichen.

Daher arbeitete Marx das Konzept der „Übergangsgesellschaft" weiter aus und entwickelte die Idee, dass die Entstehung einer kommunistischen Gesellschaft in 2 Phasen stattfinden würde. Im ersten Stadium, er nannte es „Sozialismus", würde der „Kommunenstaat" noch notwendig, um alle Versuche von Konterrevolutionen zu bezwingen und das internationale Wirtschaftssystem auf gerechter und geplanter Grundlage umzustrukturieren.

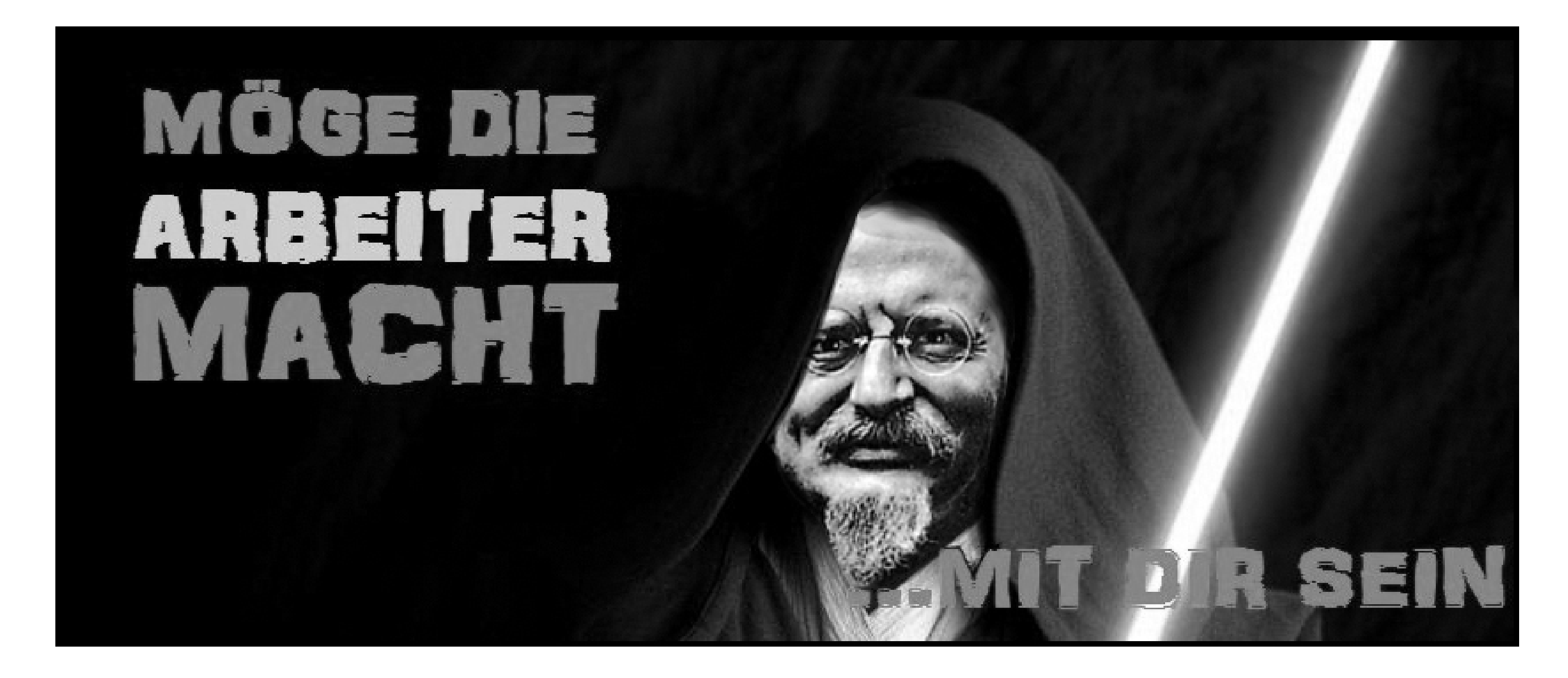
Demokratische Diktatur

Marx nannte es die „Diktatur des Proletariats". Regelmäßig wird die Diktatur der Demokratie als Gegenteil gegenübergestellt. Doch für Marx war das Konzept der Diktatur sowohl notwendig, als auch gerechtfertigt. In der Tat war es eine sehr demokratische Diktatur. Demokratisch ist sie für die große Mehrheit, die Arbeiter*innenklasse; diktatorisch gegenüber den Bossen, die versuchen würden, den Fortschritt zu sabotieren und die neue Regierung durch Konterrevolution zu stürzen.

Wie lang dieser Übergang dauern würde, war nicht vorhersehbar, aber Marx argumentierte, je erfolgreicher die Kommune sei, desto weniger wäre sie nötig. Wenn, zum Beispiel, die Bourgeoisie als Klasse beseitigt wäre, wären eine militärische Organisation und Verteidigungsausgaben überflüssig.

Auf längere Hinsicht wäre der Prozess abgeschlossen, wenn die Gesellschaft keine politische Kraft, keinen Staat irgendeiner Form, mehr bräuchte, um Produktion und Verteilung zu organisieren.

Eine Verwaltung wäre nach wie vor notwendig, aber in einer gerechten Gesellschaft würde diese nicht die Unterwerfung des einen Teils der Bevölkerung unter den anderen bedeuten, sie wäre nicht mehr „politisch". Das wäre eine kommunistische Gesellschaft.



Warnung:
Extrem progressive Drogenpolitik

Drogen sind immer wieder Thema, egal ob im Freundeskreis, den Nachrichten oder auf Parties. Oft genug hat das konsumieren von Drogen jedoch durch unverantwortlichen Konsum, gestreckte Mittel oder den Drogenkrieg furchtbare Folgen. Die Legalisierung aller Drogen stellt hierbei keinen Widerspruch zur Behebung dieser Problematiken dar, sondern die Lösung:

Die letzten 50 Jahre repressive Drogenpolitik haben gezeigt, dass der Konsum von Drogen durch Verboten nicht gehemmt oder verhindert wird sondern lediglich ein profitables Geschäft für Kriminelle ermöglicht. Diese nutzen die existierende Nachfrage nach Rauschmitteln in jedem Fall für ihre Gewinne und stören sich nicht an dem Schaden ihrer Kunden.

Das Ziel von Drogenpolitik sollte eine Gesellschaft sein, in der möglichst wenige Menschen süchtig sind oder unter den Folgen ihres Drogenkonsums leiden. Dass eine Legalisierung auch nicht automatisch jeden zum Konsumenten werden lässt wird durch das Beispiel der Niederlande aufgezeigt. Dort konsumieren prozentual weniger Menschen Cannabis, als in Deutschland. Jeglicher Drogenkonsum birgt Risiken, hierbei ist es egal, ob man von Alkohol, Cannabis oder Ecstasy spricht. Eine Einteilung in „harte und weiche" oder „legale und illegale" Drogen nützt deswegen wenig. Nicht, ein Verbot, sondern allein eine gründliche Aufklärung der Menschen für einen bewussten Konsum, oder vor allem auch dessen bewusste Vermeidung, können helfen und den Konsum weniger risikoreich machen. Auch ist es wichtig, nach den Gründen zu schauen, warum Menschen unverantwortlich mit Drogen umgehen. Speziell hierbei müssen die sozialen und ökonomischen Grundlagen der Menschen geändert und verbessert werden um Drogenkonsum als vermeidlichen Ausweg aus Problemen zu verhindern.

Aufgrund des riesigen und unkontrollierbaren Schwarzmarktes, dessen Verkaufsgüter nicht durch medizinische Behörden kontrolliert werden können, und der Profitlogik der Dealer, ist der Erwerb von sauberen Drogen nahezu unmöglich. Für die Konsumenten ist somit oft weder klar, um welche Substanz es sich genau handelt, noch wie stark die Verunreinigung durch Streckmittel letztlich ist. Und falls die Droge doch einmal rein sein sollte birgt dies -je nach Droge- die Gefahr einer, womöglich tödlichen, Überdosis.

Könnte nicht eine staatlich kontrollierte Abgabe von Rauschmitteln verbunden mit einem hohen Maß an Aufklärung diesen Risiken vorbeugen? Die hohen Kosten der Strafverfolgung (Gerichte und Polizei) wären in Aufklärung und Suchtprävention besser investiert. Eine staatliche Abgabe böte die Möglichkeit saubere Rauschmittel abzugeben, und eine Altersbeschränkung, die es auf dem Schwarzmarkt de facto nicht gibt, einzuführen.

Wichtig ist jedoch, dass die Betriebe von Herstellung bis Vertrieb zu 100% staatlich und nicht privatwirtschaftlich geregelt sind. Denn z.B. in der Pharmaindustrie werden Medikamente, die den Menschen zu Gute kommen sollten, unzureichend auf Gefahren geprüft und verursachen teilweise enorme und irreversible Schäden. Dies ist in dem erzwungenen Profitstrebens des freien Marktes begründet.

Klar ist, dass die Politik der Verteufelung und der Verbote offensichtlich gescheitert ist. Wir müssen uns ein Beispiel an der Politik von Staaten wie den Niederlanden oder der USA nehmen, sollten jedoch nicht bei deren Konzepten stehen bleiben, da diese nur einen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Deshalb sehen wir folgende Maßnahmen als essenziell an:

-Legalisierung aller Drogen

-Allgemeines Werbeverbot für alle berauschenden oder suchterzeugenden Mittel (inklusive Tabak und Alkohol)

-Vertrieb von Drogen ausschließlich in staatlich geführten Stellen von Fachpersonal

-Überwachung der Produktion und ständige Prüfung der Produktqualität

-Aufklärungsarbeit direkt beim Verkauf, in Schulen, Jugendzentren und gefährdeten Gebieten

-Stopp der Unterdrückung von Konsument*Innen

Gastbeitrag von Solid Fulda



Wohin geht die Ukraine?

Informations- und Solidaritätskampagne mit und für ukrainische SozialistInnen und AntifaschistInnen

Wer mit Beginn der Krise 2007 nicht aus dem Dornröschenschlaf erwacht ist und bis vor kurzem noch daran glaubte, Europa wäre der Hort des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, wird seit Wochen mit einem Krieg inmitten Europas konfrontiert.

Die Rede ist natürlich von der Ukraine. Doch was dort wirklich passiert, erfahren die Wenigsten von uns. Das einzige, was uns Medien und Politik in Deutschland wissen lassen, ist, dass es dort eine „Demokratiebewegung“ für „westliche und europäische Werte“ gibt, der „russische Separatisten“ und Putin im Weg stehen...

Doch warum diese Bewegung eine-Regierung mit faschistischer Beteiligung an die Macht brachte, die ihre Ideale mit Artillerie und Luftangriffen durchsetzt und im Westen der Ukraine Parteibüros von Linken, Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften stürmt und zerstört, darüber wird sich hierzulande ausgeschwiegen.

Was war der Charakter der Maidanbewegung und wie schätzen wir die aktuelle Lage im Osten der Ukraine ein? Weshalb findet der jetzige Bürgerkrieg in der Ukraine statt? Warum rasseln sowohl die NATO-Staaten, als auch Russland mit den Säbeln und welche Interessen wollen sie in der Ukraine durchsetzen? Über diese und weitere Fragen wollen wir im Juli eine bundesweite Veranstaltungsreihe mit dem ukrainischen Sozialisten Sergei Kirichuk organisieren.

Sergei ist Mitglied der sozialistischen Organisation Borotba (zu deutsch Kampf), die für eine sowohl vom russischen, als auch westlichen Imperialismus unabhängige Ukraine kämpft, in der die NationalistInnen und FaschistInnen entmachtet und die OligarchInnen, durch eine revolutionäre ArbeiterInnenbewegung enteignet werden.

Geplante Veranstaltungen in:

Berlin, Eberswalde, Potsdam, Leipzig, Jena, Kassel, Bremen, Stuttgart, Freiburg, Bonn und Fulda



In der Ukraine stehen sich nicht nur russische und ukrainische NationalistInnen gegenüber. Dort findet auch ein Bürgerkrieg der Regierung gegen die eigene Bevölkerung statt. Wir unterstützen die Bemühungen von Borotba, dem eine unabhängige sozialistische Bewegung entgegenzusetzen. Diese muss aber auch Widerstand gegen Regierung und FaschistInnen organisieren. Deshalb organisiert REVOLUTION eine Solidaritätskampagne, die Informationen verbreitet und Geld für den Widerstand vor Ort sammelt. Aber unser Hauptfeind steht immer noch im eigenen Land: die der deutsche Imperialismus und seine Regierung. Der Aufbau einer Antimilitaristischen, Antifaschistischen und Antiimperialistischen Bewegung in Deutschland, die europaweit vernetzt werden muss, ist dringend nötig. Tritt mit uns in Kontakt, um Informationen oder Materialien zu erhalten, als auch gemeinsam eine solche Bewegung aufzubauen.



Hungrig auf mehr? Unser internationales Manifest gibt’s auf unserer Homepage als PDF oder für nen schmalen Taler käuflich zu erwerben, bei der freundlichen Genossin von Nebenan.



Unser aktuellen Sticker gegen Sexismus. Sprich uns bei Interesse doch einfach an oder schreib uns eine E-Mail:
germany@onesolutionrevolution.de